

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE !
Karl Liebknecht.

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

Nr. 16

Februar 1947

Preis S 1.-

STAATSVERTRAG UND SELBSTBESTIMMUNGSRECHT

Im Namen der Demokratie, der Herstellung seiner Selbständigkeit und Unabhängigkeit wie der Sicherung seiner demokratischen Entwicklung zogen die alliierten "Befreier" in dieses Land ein. Der Staatsvertrag, der gegenwärtig in London vorbereitet und in wenigen Wochen in Moskau abgeschlossen wird, soll mit der endgültigen Festlegung der künftigen völkerrechtlichen Stellung Österreichs das Ende der Besetzung bringen, soll Abschluß und zugleich Krönung der "Befreiung" sein. Was bedeutet der sogenannte "Staatsvertrag" für die österreichische Arbeiterklasse? Wollen wir diese Frage beantworten, so ist es notwendig, uns zuerst zwei andere zu stellen: Wer sind diejenigen, die den Vertrag abschließen? Wie haben sie bisher gehandelt?

Die imperialistischen "Befreier"

Die von USA geführten Imperialisten gehen ausschließlich von kapitalistischen, imperialistischen Erwägungen aus. Ihnen handelt es sich darum, aus Österreich, das seiner zentraleuropäischen Lage wegen eine politische und strategische Schlüsselstellung einnimmt, eine Ausfallbastion bei der Verwirklichung ihrer imperialistischen Pläne zu machen. Österreich soll eines der Mittel in der Hand der Siegerimperialisten sein, mit dessen Hilfe sie den gegenwärtig am Boden liegenden deutschen Imperialismus hindern wollen, ihnen je wieder gefährlich zu werden. Jedoch der zweite und viel wichtigere Teil ihres Planes besteht darin, Österreich zu einem der wichtigsten Ausfalltore gegen die Sowjetunion zu machen. Die Imperialisten wissen, daß der, der Österreich beherrscht, den Donaauraum beherrscht; von hier aus wollen sie das südöstliche Glacis der Sowjetunion schwächen, es aus den Fugen bringen, den Angriff auf die südöstliche Flanke der Sowjetunion vorbereiten.

Um jedoch ihre Absichten verwirklichen zu können, dazu bedürfen die Imperialisten eines kapitalistischen Österreich: Die Aufrechterhaltung und Sicherung des kapitalistischen Regimes in diesem Lande ist ein integrierender Bestandteil der imperialistischen Politik; darum richtet sich ihr Druck unmittelbar gegen die österreichische Arbeiterklasse; darum soll diese zurückgedrängt, durch Hunger und Elend geschwächt, entmutigt, entnervt werden. Der Hunger der österreichischen Massen ist nicht nur das Ergebnis der Verwüstungen des Krieges, sondern ebenso sehr das einer bewussten Taktik der Imperialisten.

Und noch eines kommt hinzu: Österreich, dieses strategisch-politisch wichtige Land, ist ausserdem auch ein besiegtes Land, ein endgültig unter die Räder gekommener Imperialist. Bis 1938 Finanzkolonie des Völkerbundes, nachher erste Beute des wiedererstarkten deutschen Imperialismus, ist die Reihe nun wieder an den "alliierten" Imperialisten, die darauf achten, hier nicht einen kapitalistischen Konkurrenten aufkommen zu lassen; die nicht das geringste Interesse am "Wiederaufbau" Österreichs haben, sondern es im Gegenteil schamlos ausplündern; die das Elend der Massen, das sie mitverschulden, vollkommen gleichgültig lässt; die nur nicht wollen, daß die Verzweiflung der Massen ihnen gefährlich werde, und die aus diesem Grund es für notwendig finden, von Zeit zu Zeit die Massen mit schönklingenden Phrasen, Hoffnungen, Versprechungen auf eine bessere Zukunft hinten zu halten.

Vom ersten Tag der sogenannten "Befreiung" hatten die Handlungen der "alliierten" Imperialisten in Österreich keinen anderen Inhalt als den, ihre Machtposition zu sichern, das kapitalistische Regime zu sichern, den ökonomischen Wiederaufstieg zu verhindern und alles das mit der schamlosen Ausplünderung des Landes zu verbinden. Diese Praxis wurde bisher vor allem mit dem Mittel der militärischen Besetzung durchgeführt. Die Imperialisten sind entschlossen, diese Politik mit anderen Mitteln, doch mit demselben Inhalt fortzusetzen. Seinen entsprechenden Ausdruck wird der Wille der imperialistischen Banditen im "Staatsvertrag" finden.

Die Rolle der Sowjetbürokratie

Neben den Imperialisten tritt auf der einen vertragabschliessenden Seite die Sowjetunion auf; der "Staatsvertrag" wird ein Kompromiss zwischen Imperialisten und Sowjetunion sein.

Die russische Politik wird in Österreich von zwei Gesichtspunkten bestimmt: Der erste heisst Sicherheit vor imperialistischen Überfällen. Österreich soll in die Reihe jener Staaten eingegliedert werden, die heute das militärische Vorfeld der Sowjetunion bilden. Die Bürokratie kann proletarisch-revolutionäre Methoden hierbei nicht anwenden. Es bleibt ihr nur übrig, sich der Bourgeoisie jener Länder an den Hals zu werfen.- Der zweite Gesichtspunkt wird durch die Tatsache bestimmt, daß der Krieg den sowjetischen Produktionsapparat schwer angeschlagen hat. Der Bürokratie bleibt auch hier nur ein Weg: der seiner Regeneration auf Kosten der besiegten Länder, die Beteiligung an der Politik der Kontributionen und Reparationen, am Raubfeldzug der Imperialisten gegen die deutschen und österreichischen Massen.

Unter ihrer bürokratischen Führung hat die Sowjetunion alles getan, ihre eigene Position zu schwächen und den Imperialisten das Spiel zu erleichtern. Das Zurückweichen der Sowjetunion in der internationalen Arena wie die Verschlechterung ihrer Stellung in Österreich wird vom österreichischen Aussenminister G r u b e r

tagen 1945 zumindest im östlichen Teil Österreichs zusammengebrochen war, geradezu restauriert. Die Sowjetunion war einer der Urheber des durch und durch verlogenen Programms der "Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs", das sich als das Programm der Ausplünderung und Vergewaltigung Österreichs konkretisierte. Die Sowjetunion regelt ihre Beziehungen zu diesem Land nicht im Geiste des proletarischen Internationalismus, nicht als Vorkämpfer des demokratischen Selbstbestimmungsrechts. Sie tritt als militärischer Sieger und zwar so plump und derb auf, daß demgegenüber sogar das Verhalten der Imperialisten als "demokratisch" erscheint.

Die "Argumente" der Bürokratie zur Begründung ihrer Politik sind eine Mischung von Verlogenheit und zynischer Gemeinheit.

XX

Die stalinsche Bürokratie hat sowohl die Interessen der Weltrevolution als auch die fortschreitende Verbesserung des Lebensstandards des Sowjetproletariats um einer Politik willen geopfert, die sie den Massen als den allmählichen und friedlichen Aufbau einer geplanten und verstaatlichten Wirtschaft inmitten einer kapitalistischen Welt hinstellt. In Wirklichkeit entspricht diese Politik nur den Interessen der Kremldique als einer privilegierten bürokratischen Kaste.

(Aus der Resolution der internationalen Konferenz vom April 1946)

XX

Die bürokratische Position ist widerspruchsvoll und unhaltbar. Einerseits bieten sie der österreichischen Bourgeoisie, besonders durch den Mund der Exkommunistischen Partei, das Bündnis an, arbeiten ihr in die Hände, helfen ihr gegen das Proletariat. Andererseits beteiligen sie sich am Potsdamer Raubabkommen und stossen so die Bourgeoisie, deren Vertrauen sie sich so krampfhaft zu erwerben versuchen, wieder ab. Sie verlieren in den Massen den letzten Rest an Kredit, ohne die Bourgeoisie zu gewinnen. Sie erreichen das Gegenteil dessen, was sie wollen: statt es in die Front ihrer Verbündeten einzugliedern, treiben sie Österreich in die Front der Gegner der Sowjetunion. Diese Verschiebung der internationalen Stellung Österreichs zu ungunsten der Sowjetunion wird ebenfalls seinen Ausdruck im "Staatsvertrag" finden.

Das Programm der österreichischen Kapitalisten

Stellen den einen Vertragspartner die "Alliierten", so den anderen die österreichische Bourgeoisie. Halb Partner, halb Opfer des zusammengeschlagenen deutschen Imperialismus, ohne jegliche Machtmittel, mit einem desorganisierten Produktionsapparat, von dem sie noch nicht weiss, wieviel davon eigentlich noch ihr gehört, abgeschnitten von den Rohstoff- und Anlagemärkten der Welt, nicht Herr im eigenen Haus, auf Schritt und Tritt gehindert, gevierteilt durch die Besetzung, alle Widersprüche Nachkriegseuropas, den ganzen Marasmus des zusammenbrechenden Kapitalismus in ihrem Lande in potenziierter Form vorfindend, unfähig, aus eigener Kraft auch nur der wichtigsten Probleme Herr zu werden, hat die österreichische Bourgeoisie nur einen Wunsch: sich den Imperialisten so teuer als möglich zu verkaufen. Sie ist dabei in der denkbar ungünstigsten Lage, und der Preis, den sie erzielen wird, wird kein hoher

sein. Doch die katastrophale Entwicklung der letzten Wochen, der vollständige Stillstand der Industrie, die Aussicht auf die drohende Hungerkatastrophe, die Angst, daß die Massen, angepeitscht durch die akut steigende Verelendung, trotz der sozialdemokratisch-stalinistischen Bremse in Bewegung kommen könnten, machen sie gefügig. Sie weisse, daß der beinahe einzige Preis, den sie erhalten wird, in der Erlaubnis besteht, die Kosten ihrer "Rettung" durch die Imperialisten auf das Proletariat abzuwälzen.

Bei diesem Geschäft verfügen die österreichischen Kapitalisten über einige Erfahrung! Einmal schon haben sie es verstanden, sich die Kosten eines verlorenen Krieges von den Massen bezahlen zu lassen. Das von der Regierung S e i p e l 1923 durchgeführte "Genfer Sanierungsprogramm" unterwarf Österreich praktisch der Diktatur des Völkerbundkommissars Z i m m e r m a n n, d.h. des Beauftragten des internationalen Finanzkapitals. Es war das Programm des Ausverkaufs Österreichs; das die Auslieferung der Staatsbahnen, der wichtigsten Staatsbetriebe, der Staatsforste, der öffentlichen Kunstsammlungen u.s.f. als "Pfänder" für die Völkerbundanleihe vorsah; das zur Entlassung vieler zehntausender Staatsbediensteter, zur Senkung der Gehälter der übrigen führte; das die rücksichtslose Anziehung der Steuerschraube, die Erhöhung der alten, die Einführung neuer Massensteuern verlangte; das zehntausende Kleinrentner und kleine Sparrer ruinierte; das aber den Kapitalisten die "Rationalisierung" der Produktion, d.h. die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter ermöglichte, das so die Massenarbeitslosigkeit vorbereitete; das den Kapitalisten erlaubte, gegen die Arbeiter faschistische Verbände auszurüsten, das dem Faschismus durch die Verelendung grosser Teile der Mittelmassen die soziale Basis schuf. Diese Politik zu wiederholen, sind die österreichischen Kapitalisten entschlossen. Ihr Hauptziel beim Abschluß des "Staatsvertrages" besteht darin, sich die entsprechenden Möglichkeiten hierfür zu sichern.

Die Verratsparteien und der "Staatsvertrag"

Wie stellen sich Sozialdemokratie und Stalinpartei zum "Staatsvertrag"?

Die SP steht grundsätzlich auf dem Boden der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Ihr einziges Ziel ist, solche Bedingungen zu schaffen, die die Bourgeoisie zwingen, mit der SP zusammenzuarbeiten, die es aber auch der Bourgeoisie erlauben, der SP für ihre Hilfe fette Pfründen in Form angenehmer Posten und Pöstchen in Staat, Gemeinde, Verwaltung etc. zu bezahlen. Die SP weiss, daß die österreichische Bourgeoisie über die entsprechenden Surplusprofite hierfür nicht verfügt; gerade deshalb hat sich das österreichische Monopolkapital vom Faschismus retten lassen. Sie weiss, daß die Bourgeoisie auf die Hilfe der anglo-amerikanischen Imperialisten angewiesen ist. Selbstgefällig mit ihren Beziehungen zum "demokratischen Sozialismus des Westens" renommiert, erweist sich die SP als Verbindungsglied zwischen österreichischer Bourgeoisie und anglo-amerikanischen Finanzkapital.

Schon einmal hat die SP die "Parteiinteressen", d.h. die Interessen der Arbeiterklasse den "Staatsinteressen", d.h. denen der Bourgeoisie untergeordnet. Sie hat bei der Genfer Sanierungsaktion wacker die Mauer gemacht und dabei nicht schlecht abgeschnitten. Durch Jahre bekam die sozialdemokratische Bürokratie als ihren Anteil an der Völkerbundanleihe mehr oder minder fette Brücklein vom Tisch der Bourgeoisie. Die Zeche musste das Proletariat

bezahlen; unter den Motto: "Alle Klassen müssen Opfer bringen !" wurde die Preisgabe seiner Interessen als unvermeidlicher Beitrag für den Aufbau "unserer" Republik hingestellt. Dieses Spiel will die SP wiederholen. Mit "blutendem Herzen", mit vielen Seufzern und Protestgeschrei, aber dennoch wird sich die SP vor den "Notwendigkeiten" der "Staatspolitik" beugen und den Vertrag, der Österreich an das internationale Finanzkapital ausliefert und die Herrschaft der österreichischen Bourgeoisie garantiert, mitunterzeichnen.-

Die Haltung der Stalinpartei wird von den parasitären Interessen der bonapartistischen Bürokratie bestimmt. Solange Imperialisten und Sowjetunion in Österreich zusammengingen, trat sie als offener Agent der Besatzungsmächte auf. Selbst die plumpesten und brutalsten der antidemokratischen Handlungen der Bürokratie wurden von ihr gutgeheissen oder zumindest mit dem Mantel des Verschweigens vordeckt. Gleich ihren Auftraggebern, sind auch ihre Handlungen äusserst widerspruchsvoll. Sie tritt für das Potsdamer Reparationsabkommen ein und hängt sich, ungeachtet aller Fußstritte, die sie bekommt, krampfhaft an die Rockschösse der Bourgeoisie, um diese in die russische Front herüberzuziehen. Sie überschlägt sich in Patriotismus und tritt gleichzeitig als Anwalt der russischen Satellitenstaaten Jugoslawien und Tschechoslowakei auf. Ihr einziges Ziel besteht eben darin, bei der endgültigen Versklavung Österreichs ihrem bürokratischen Auftraggeber den grösstmöglichen Anteil daran zu sichern. Dieser Anteil wird durch das Kompromiß bestimmt, das die Krenklclique mit dem Imperialismus schliessen wird. Trotz ihres hysterischen Geschreis wird die Stalinpartei gleich der SP den Vertrag unterzeichnen. -

SP und Stalinpartei überschlagen sich in Patriotismus, die einen "staatsmännisch" zurechtgemacht, die anderen als Clown grell rotweissrot geschminkt. Was ist der wahre Inhalt ihres "Patriotismus" ? Sie haben der österreichischen Bourgeoisie geholfen, ihre wackelige Herrschaft zu festigen; sie helfen ihr nun bei der internationalen Versklavung des österreichischen Volkes.

Das Proletariat darf dem "Staatsvertrag" nicht zustimmen

Der "Staatsvertrag" ist nichts anderes als eine Neuauflage des imperialistischen Zwangsvertrages von Saint Germain, der den Zwangsvertrag von Versailles ergänzte, Südtirol zu Italien, die Sudetengebiete zur Tschechoslowakei schlug, aus Restösterreich gegen den Willen seiner Bewohner einen "selbständigen", "unabhängigen" Staat schuf. Die Verträge von Versailles wie von Saint Germain waren der Ausdruck der Tatsache, daß es dem Proletariat nicht gelungen war, die Bourgeoisie niederzuwerfen, die Herrschaft des Imperialismus zu brechen; sie waren die Frucht der Isolierung der proletarischen Revolution auf Russland. So wie die Verträge von 1919 wird darum auch der neue Vertrag aus Bedingungen bestehen, die in allen

XX

Spendet für den K A M P F F O N D !

XX

ihren Punkten den Interessen des Proletariats zuwiderlaufen, sowohl seinen gegenwärtigen wie seinen zukünftigen. Welche Bedingungen werden das sein ? Wir führen hier nur die wichtigsten an:

1. Verbot des "Anschlusses", d.h. zwangsweise Beteiligung an der Niederhaltung Deutschlands, verbunden mit der Vorenthaltung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts für das österreichische Volk.
2. "Garantien" für die Aufrechterhaltung der "Selbständigkeit" und "Unabhängigkeit", wie: Kontrolle des Landes durch alliierte "Beobachter"; Verbot der Aufstellung einer Armee ohne Zustimmung der Alliierten; Verbot der Aufstellung von Industrien, die der Aufrüstung dienen können (bekanntlich sind heute alle Industrien für die Rüstung notwendig).
3. Reparationsleistungen an die Alliierten (in Form von Beschlüssen über "deutsches Eigentum").
4. Gewährung von Anleihen, die an geheime politische und wirtschaftliche Bedingungen geknüpft sind und die das Land faktisch an die mächtigsten der Alliierten, d.h. an die anglo-amerikanischen Imperialisten ausliefern, als deren Platzhalter die österreichische Bourgeoisie auftritt.

Ein Vertrag, der solche Bestimmungen enthält, kann nur als Programm der wirtschaftlichen und politischen Kontinentalrevolution gewertet werden. Die gegenwärtigen Bedingungen der völligen wirtschaftlichen Desorganisation und Auflösung Europas, des Zusammenbruchs seiner Zivilisation und Kultur verlangen gebieterisch die wirtschaftliche Vereinigung aller Länder Europas. Die Realisierung dieser Aufgabe ist nur dann möglich, wenn sie von den ausgebeuteten Massen des Kontinents unter Führung des revolutionären Proletariats ausgeführt wird. Ein sozialistisches Europa wird auf der wirtschaftlichen Einheit des Kontinents fundieren, die alle Zollsauern beseitigt und die Wirtschaft dem Plan unterworfen hat; es wäre das beste Gerüst für die Entwicklung und das Aufblühen seiner nationalen Zivilisationen und Kulturen. Die nationalen Grenzen in einem sozialistischen Europa werden demokratisch festgelegt werden, der Sprache, der nationalen Kultur und den frei ausgedrückten Sympathien seiner Bevölkerung gemäß.

Die Interessen des Imperialismus, die gegenseitigen Widersprüche der Bourgeoisie stehen einer Vereinigung der europäischen Wirtschaft entgegen; sie schützen und verschlimmern die Balkanisierung Europas, den Zusammenbruch seiner Produktivkräfte, Zivilisation und Kultur. Ist die Aufrechterhaltung der Nationalstaaten schon längst zu einem absoluten Hindernis jeden weiteren menschlichen Fortschritts geworden, so ist die Existenz eines so verkrüppelten Gebildes, wie es Österreich ist, ein vollendeter Anachronismus. Der "Staatsvertrag", der diese Existenz garantieren soll, ist ein wichtiger Beitrag zur Balkanisierung Europas im Interesse seiner imperialistischen Beherrschung.

Wir internationalen Kommunisten stellen dem imperialistischen das revolutionäre Programm entgegen. Dieses Programm fordert den Kampf für das demokratische Selbstbestimmungsrecht als integrierenden Bestandteil unseres Kampfes für die sozialistische Befreiung der Menschheit. Demokratisches Selbstbestimmungsrecht auch für das österreichische Volk, das nicht gefragt wurde, ob es mit der "Unabhängigkeit" einer imperialistischen Finanzkolonie einverstanden ist! Der Abschluß des "Staatsvertrages" erfolgt unter den Bedingungen der militärischen Besetzung des Landes, verschärft durch die Hungerpeitsche. Diese Bedingungen, die nach Abschluß des Vertrages sich in der Form, nicht im Inhalt ändern werden, verwehren es dem österreichischen Volk, in Freiheit über sein eigenes Schicksal selbst zu entscheiden. Wir fordern darum den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller fremden Truppen; wir for-

ZUM PARTEITAG DER S P Ö

Es ist keine Frage, daß grosse Teile der österreichischen Arbeiterklasse, die heute noch trotz der Enttäuschungen der letzten anderthalb Jahre in Ermanglung einer anderen sichtbaren Kraft der SP Gefolgschaft leisten, deren Parteitag mit einem gewissen Illusionismus entgegensehen und von seinen Beschlüssen eine zumindest bescheidene Verbesserung ihrer Lage erwarteten. Mit diesen Hoffnungen war aber gleichzeitig die Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen der SP-Politik verbunden. Die Massen wollen sich nicht mehr mit den ständigen Hinweisen auf die Alliierten begnügen. Bei einem Teil schlägt die Unzufriedenheit um in Apathie, ohne zu wissen, wem dadurch die Bahn frei gemacht wird. Aber der aktivere Teil der Arbeiterklasse ist kampfgewillt.

Die Resolutionen einzelner Bezirksorganisationen zum Parteitag sprachen eine deutliche Sprache. Dabei müssen wir uns vor Augen halten, wie schwer es selbst im Bezirksmaßstab ist, gegen den mit allen Salben geschmierten bürokratischen Apparat, der mit sämtlichen ihm zur Verfügung stehenden Kniffen und Tricks arbeitet, eine solche Resolution durchzubringen. Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, erscheinen die Anträge zum Parteitag, die unmittelbar aus den Kreisen der Arbeiterschaft kamen, doppelt wertvoll. Sie zeigen ein besseres und vor allem wirklichkeitsnäheres Bild der Lage als die Berichte der Arbeiterzeitung.

Vor allem die Person **H e l m e r s** und damit die Frage des Staatsapparates ist es, zu der in den Anträgen Stellung genommen wurde. Die Arbeiter haben aus den Erfahrungen des Juli 1927, des Februar 1934 und des März 1938 gelernt, sie sind hellhörig geworden und fordern Garantien gegen eine Wiederholung. Noch erkennen sie nicht in der vollen Tragweite die klassenmässige Struktur des Staatsapparates, die ihm innewohnende Automatik, aber sie wissen, daß sie auf diesem Gebiet aufmerksam, daß sie auf der Wacht sein müssen. So stand das Stimmungsbarometer der Massen vor dem Parteitag.

Welche Stimmen können in den führenden Kreisen der Partei als Reflex der Stimmungen in den Massen gewertet werden ?

S c h a r f wirft ("Zukunft" Oktober 1946) wichtige Fragen auf und fordert für diesen Parteitag die politische Debatte, die der Parteitag 1945 nicht gebracht hat. Richtig stellt er fest, daß sich der Kapitalismus immer mehr konsolidiert, daß sich die Machtverhältnisse in erschreckendem Maße zugunsten der Bourgeoisie verschieben, daß diese Tatsachen eine konsequente, sozialistische Klassenpolitik verlangen.

K r o n e s schreibt in seinem Artikel "Gleichgewicht der Klassenkräfte" ("Zukunft" September 1946) ebenfalls vieles Richtige. Er anerkennt, daß der Staat die spezifische Organisation der herrschenden Klasse ist, die auf dem Fundament der jeweiligen Produktionsweise ruht; daß die Überlegenheit der herrschenden Klasse über die beherrschte durch die klassenmässige Führung des Gewaltapparates, des Verwaltungs- und Beeinflussungsapparates bedingt ist.

Diese Stimmen vor dem Parteitag mußten als wichtige Symptome gewertet werden. Sie wurden verstärkt durch die Unzufriedenheit, die in vielen Anträgen zum Parteitag zum Ausdruck kam. Sie war im Wesentlichen auf Fragen taktischer Natur beschränkt,

hielt sich im Rahmen der Partei.

Es ist wichtig, einige Worte über die Zusammensetzung der Delegierten zu sprechen. Die statistische Überprüfung ergab, daß der weitaus größte Teil Mandatäre der Partei (National- und Bundesräte, Landtagsabgeordnete, Gemeinderäte, Parteisekretäre usw.) waren, die in überwiegendem Maße in finanzieller Abhängigkeit von der Partei stehen. Demgegenüber war der Anteil wirklich in den Massen wurzelnder Arbeitervertreter reichlich bescheiden.

Was war der Inhalt der politischen Referate, denen die Aufgabe zukam, die Politik des vergangenen Jahres zu rechtfertigen, Richtschnur für die Zukunft zu sein? Eine revolutionäre Situation wie 1918 sei nicht vorhanden gewesen; die Kapitalistenklasse sei

XX

Nur das oberflächliche und feige kleinbürgerliche Denken kann in den folgenden Tatsachen eine Widerlegung unserer revolutionären Perspektive sehen: Daß der Krieg weder in seinem Verlauf noch unmittelbar danach die Revolution in Europa mit sich brachte; daß die deutsche Revolution nicht stattgefunden hat; daß die traditionellen Organisationen und unter ihnen an erster Stelle die Stalinparteien einen neuen und mächtigen Auftrieb erlebten!

Während sie erkennt, daß alle diese Tatsachen ebenso viele Niederlagen für das revolutionäre Proletariat bedeuten, vergisst die IV. Internationale nicht einen Augenblick lang, daß die Todeskrise des Kapitalismus, die Zerstörung seines Gleichgewichts, die Verschärfung seiner grundlegenden Widersprüche weit wichtigere Tatsachen darstellen. Auf ihnen beruhen unsere revolutionären Perspektiven wie die sich immer mehr verbessernden Bedingungen, die revolutionäre Partei aufzubauen.

(Aus der Resolution der internationalen Konferenz vom April 1946)

XX

politisch und wirtschaftlich vorübergehend entmachtet, aufs tiefste erschüttert, aber bereits im Begriff, ihre alte dominierende Stellung, vor allem unter Zuhilfenahme ausländischer Unterstützung, zurückzugewinnen. Die wirtschaftliche Situation Österreichs wurde als ein Schweben zwischen Leben und Tod bezeichnet und die Behauptung aufgestellt, daß auf diesem Weg ein "demokratisches und unabhängiges" Österreich nicht wiederhergestellt werden kann.... Welches sind die Konsequenzen, die aus dieser Einschätzung gezogen, und die Losungen, die gegeben wurden?

Der Tenor aller Ausführungen war, daß es infolge der Stärke und Bedeutung der SP ausgeschlossen sei, ohne oder gar gegen sie zu regieren! Beteiligung an der Regierung, Koalitionspolitik ist das Gebot der Stunde. Die mit Beifall aufgenommene Forderung: "Wir lassen uns nicht mehr ausspannen", ist symptomatisch. Die "konstruktive" Kritik ging in die Richtung der Gewinnung von mehr Einfluß im Staat als dem Weg zum demokratischen Sozialismus.

Man beachte die "Grundsätzlichkeit" dieser von S c h ä r f als sozialistisch ausgegebenen Politik; einerseits erklärt sie die Bourgeoisie als entmachtet und erschüttert, doch statt diese vorübergehende Entmachtung zu einer endgültigen zu machen, ist sie mit

Eifer und Erfolg bemüht, der Bourgeoisie wieder in den Sattel zu helfen. Spricht nicht die ÖVP heute eine ganz andere Sprache als im April 1945.

Heute bedarf die Bourgeoisie noch der Lakaiendienste der SP (und Stalinpartei); sie ist deshalb zu manchen Konzessionen bereit, die dann von der SP als "Siege" und "entscheidende Schritte" zum Sozialismus bezeichnet werden. Die ganze Sorge der SP ist, daß noch einmal die Zeit kommen könnte, in der die Bourgeoisie dieser Dienste nicht mehr bedarf, bezw. es sich nicht mehr leisten kann, auch nur die bescheidensten Brosamen zu opfern; daß sie dann Kurs auf die offene Diktatur nimmt. In den Augen der SP war der Februar 1934 nur möglich, weil die Partei in Staat und Regierung zu schwach vertreten war; es gilt nun, all' die warmen Posten und Pöstchen besser zu sichern, um gegen solche unliebsame Überraschungen gefeit zu sein. Als Gegenleistung ist die SP dafür bereit, die Arbeiterklasse für den Wiederaufbau "unseres" Landes einzuspannen, ihr Opfer und Entbehrungen im Interesse der Kapitalisten aufzuerlegen.

So sieht das ABC ihrer Politik aus; offene Koalition mit dem Klassenfeind, um zu verhindern, daß dieser wie schon einmal (laut Helmer) "zwangsläufig" in eine Politik hineinmanövriert werde, die den Einfluß der SP vollständig ausschalten könnte.

Wie war die Reaktion der Delegierten gegenüber dieser Linie? Die dominierende Rolle spielten die Rechten, die einen geschlossenen Block bildeten und organisiert auftraten. Die "Linken" traten unorganisiert auf, beherrschten die Technik des Parteitages nicht und wurden darum von den rechten Routiniers überspielt. Wie verhielten sie sich politisch? Es war der Auswirkung nach eine glatte Kapitulation. Vergessen waren Reden und Artikel über die Notwendigkeit einer proletarischen Klassenpolitik wie über die klassenmäßige Struktur des Staatsapparates! Schüchtern wagten sie den Versuch, einige Phrasen darüber zu verlieren, um dann bei der Abstimmung sang- und klanglos unterzugehen und gehorsam für die vorgelegten Resolutionen zu stimmen: Die wichtigsten Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt; der Vorsitzende S c h ä r f konnte feststellen, daß das Prinzip der Teilnahme der Partei an der Regierung unbestritten geblieben ist. Doch auf dieser Linie sich bewegend, sind die "Linken" von vornherein zum Scheitern verurteilt. Man kann nicht mit der Bourgeoisie in der Regierung sitzen und gleichzeitig gegen sie kämpfen. Hier muß die "Linke" den Hebel ansetzen. Nur im unveröhnlichen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie ist dem Proletariat zu helfen. Die grundsätzliche Einstellung zur Kapitalistenklasse ist der Gradmesser für die Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit des Verhaltens der "Linken". Hier wäre für die S c h ä r f, K r o n e s und die andern der Ansatzpunkt gewesen, um zu beweisen, daß die Worte in der "Zukunft" nicht nur Worte waren. Hier hätten sie zeigen müssen, daß sie willens sind, zu ihren Worten zu stehen. Papier ist geduldig! Wenn die "Linken" wirklich links sind, müssen sie aus dem die Lehren ziehen. Die Hauptlehre ist: Der wirklich linke "Flügel" ist bei den Arbeitern, in den Massen, nicht in der Parteibürokratie zu suchen. Auf ihn müssen sich die Linkselemente in der SP stützen, sich mit ihm verbinden. Sie dürfen vor dem unvermeidlichen Kampf mit den Opportunisten und Verrätern nicht zurückschrecken, noch sich von ihnen durch das Argument der "Partei-einheit" ins Bockshorn jagen lassen. Man muß der Klasse die Treue halten, nicht den S c h ä r f, H e l m e r und Co. Das ist die Aufgabe, die in den nächsten Monaten vor den "Linken" steht.

LEO TROTZKI :

DIE GEWERKSCHAFTEN IN DER EPOCHE DER
IMPERIALISTISCHEN ENTARTUNG

Dieser Artikel, den wir in Fortsetzung bringen, wurde nach Trotzki's Ermordung auf seinem Schreibtisch gefunden. Er wurde zum erstenmal in der Zeitschrift unserer belgischen Genossen "L'Avantgarde" in französischer Sprache veröffentlicht und bildet einen wertvollen Beitrag für die Geschichte der Entartung der Arbeiterbürokratie wie für die Taktik der revolutionären Partei.

Die Redaktion.

Eine allgemeine Erscheinung in der Entwicklung oder, genauer gesagt Entartung der Gewerkschafts-Organisationen der ganzen Welt, ist ihre Annäherung und Vereinigung mit der Staatsgewalt.

Dieser Vorgang ist gleichermaßen charakteristisch für die parteilosen, die sozialdemokratischen, kommunistischen und anar-chistischen Gewerkschaften. Das allein zeigt, daß die Tendenz, sich mit dem Staate zu vereinigen nichts ist, was dem einen oder anderen System innewohnt, sondern aus der allgemeinen, sozialen Lage sämtlicher Gewerkschaften resultiert.

Der monopolisierte Kapitalismus beruht nicht auf der Konkurrenz und der Privat-Initiative, sondern auf einer zentralen Gewalt. Die kapitalistischen Cliques an der Spitze der mächtigen Trusts, der Syndikate, der Banken-Konsortien usw., kontrollieren das wirtschaftliche Leben von der gleichen Höhe aus, wie die Staatsgewalt dies tut und sie finden in jedem Augenblick Zuflucht durch die Zusammenarbeit mit eben diesem Staate. Die Gewerkschaften fühlen sich ihrerseits in den wichtigsten Industriezweigen der Möglichkeit beraubt, bei der Konkurrenz zwischen den verschiedenen Unternehmungen zu profitieren. Sie müssen einen zentralisiert kapitalistischen Widersacher die Stirne bieten und sich zu einer Macht vereinigen. Daher folgt für die Gewerkschaften - in dem Maße, als sie in ihrer reformistischen Einstellung beharren, das heisst, in ihrer Einstellung, die sich auf die Anpassung an das Privateigentum gründet - die Notwendigkeit, sich an den kapitalistischen Staat anzupassen und für die Zusammenarbeit mit ihm zu kämpfen. In den Augen der Bürokratie besteht die hauptsächlichste Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung in der Befreiung der Staaten vom kapitalistischen Einfluß, in der Verminderung seiner Abhängigkeit von den Trusts und in dem Bestreben, ihn auf ihre Seite zu ziehen. Diese Stellungnahme befindet sich in vollkommener Übereinstimmung mit der Stellungnahme der Arbeiterbürokratie und -Aristokratie, die kämpft, um einige Bro-samen bei der Verteilung des übergrossen Profites des imperialistischen Staates zu erlangen.

In ihren Reden tun die Arbeiterbürokraten ihr Möglichstes, um zu versuchen, dem "demokratischen" Staat zu beweisen wie gut und unentbehrlich sie in Zeiten des Friedens und ganz besonders in Kriegszeiten sind. Durch die Umwandlung der Gewerkschaften in Staatsorgane, erfindet der Faschismus nichts Neues, er tut nichts, als die dem Imperialismus innewohnenden Tendenzen zu ihren letzten Konse-

quenzen zu treiben.

Die kolonialen und halbkolonialen Länder stehen nicht unter der Herrschaft eines einheimischen sondern des ausländischen Imperialismus. Indessen, die Tatsache entfernt nicht, sondern im Gegenteil, sie verstärkt die Notwendigkeit der direkten, täglichen und praktischen Bande zwischen den Kapitalmagnaten und den Regierungen, die tatsächlich von ihnen abhängen - die kolonialen oder halbkolonialen Regierungen.

Da der imperialistische Kapitalismus in den kolonialen und halbkolonialen Ländern eine Schicht der Arbeiteraristokratie und -Bürokratie schuf, so sind diese als Beschützer, Förderer und manchmal als Herren die Stütze der kolonialen und halbkolonialen Regierungen. Das bildet die wichtigste soziale Basis bonapartistischen oder halbbonapartistischen Charakters der Regierungen in den Kolonien und im allgemeinen in "rückständigen" Ländern. Das bildet gleichermaßen die Basis der Abhängigkeit der reformistischen Gewerkschaften vom Staat.

In Mexiko wurden die Gewerkschaften auf gesetzlichem Wege in halbstaatliche Einrichtungen umgewandelt und haben infolgedessen einen halbtotitären Charakter angenommen. Nach der Vorstellung der Gesetzgeber wurde die Verstaatlichung der Gewerkschaften im Interesse der Arbeiter eingeführt mit dem Ziel, ihnen einen Einfluß auf Regierungsangelegenheiten und das wirtschaftliche Leben zu sichern. Aber in dem Maße, in dem der imperialistische Kapitalismus die Herrschaft des nationalen Staates bricht, und in dem Maße als es ihm möglich ist, die schwankende Demokratie zu stürzen und sie sofort durch eine offene, faschistische Diktatur zu ersetzen - im gleichen Maß wird die Legislative, indem sie sich der Gewerkschaften bemächtigt, leicht eine Waffe in den Händen der imperialistischen Diktatur werden.

Die Parole für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften

Nach dem Gesagten scheint es auf den ersten Blick leicht, den Schluß zu ziehen, daß in der imperialistischen Epoche die Gewerkschaften eben aufhören, Gewerkschaften zu sein. Sie lassen beinahe keinen Platz für die Arbeiterdemokratie, sie, die doch in den guten, alten Zeiten, als der freie Handel den wirtschaftlichen Schauplatz beherrschte, den Fortbestand des inneren Lebens der Arbeiterorganisationen überhaupt erst ermöglichten. Wo es sich nicht um eine Arbeiterdemokratie handelt, da gibt es keinen freien Kampf um die Möglichkeit, einen Einfluß auf die Mitglieder der Gewerkschaften auszuüben. Und dadurch verschwindet die Tatsache, das der Hauptschauplatz der revolutionären Arbeit innerhalb der Gewerkschaften liegt. Indessen wäre eine solche Auffassung grundlegend falsch. Wir können uns das Feld unserer Tätigkeit und die Umstände, unter denen wir arbeiten, nicht aussuchen um unseren eigenen Wünschen und Abneigungen zu folgen. Es ist unendlich schwerer in einem totalitären oder halbtotitären Staat um den Einfluß auf die Arbeitermassen zu kämpfen, als in einer Demokratie; das gilt ebenso für die Gewerkschaften, deren ganzes Schicksal die Entwicklung der kapitalistischen Staaten widerspiegelt. Wir können nicht das Aufklären und Beeinflussen der Arbeiter in Deutschland einfach aufgeben, weil dort das totalitäre Regime den Kampf ungemein erschwert. Aus dem gleichen Grund können wir nicht auf den Kampf in den Zwangs- Arbeiterorganisationen verzichten, die von dem Faschismus geschaffen wurden. Aber am allerwenigsten können wir auf eine systematische Arbeit innerhalb der Gewerkschaften von totalitären oder halbtota-

litären Typus verzichten, bloß weil sie direkt oder indirekt vom Arbeiterstaat abhängen oder weil die Bürokratie die Revolutionäre der Möglichkeit beraubt, frei in den Gewerkschaften zu arbeiten. Es ist notwendig, den Kampf unter all den gegebenen Umständen zu führen die von der bisherigen Entwicklung geschaffen wurden, mitinbegriffen den Fehlern der Arbeiterklasse und den Verbrechen ihrer Führer. In den faschistischen und halbfaschistischen Ländern ist es unmöglich revolutionäre Arbeit zu leisten, die nicht versteckt, illegal und konspirativ wäre. In den totalitären Gewerkschaften ist es unmöglich oder doch fast unmöglich eine andere als konspirative Arbeit zu leisten. Es ist notwendig, uns selber den konkreten Umständen die in den Gewerkschaften der einzelnen Länder herrschen, anzupassen, um die Massen nicht nur gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren sondern auch gegen das totalitäre Regime das in den Gewerkschaften herrscht und gegen die Führer, die dieses Regime stärken. Die erste Parole für diesen Kampf muß also lauten: vollkommene und bedingungslose Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom kapitalistischen Staat. Das bedeutet: Kampf zur Umwandlung der Gewerkschaften in Or-

XX

Spendet für den K A M P F F O N D !

XX

gane der ausgebeuteten Massen und nicht in Organe der Arbeiteraristokratie.

Die zweite Parole lautet: Demokratie in den Gewerkschaften. Die zweite Parole läßt sich unmittelbar aus der ersten ableiten und die Voraussetzung für ihre Verwirklichung ist die vollkommene Freiheit der Gewerkschaften vom imperialistischen oder kolonialen Staat.

Mit anderen Worten: in der gegenwärtigen Epoche können die Gewerkschaften nicht bloße Organe der Demokratie sein, wie in der Epoche des freien Tauschhandels und sie können nicht länger politisch neutral bleiben, das heißt, sich auf die Verteidigung der Tagesinteressen der Arbeiterklasse beschränken. Sie dürfen auch nicht länger anarchistisch sein, das heißt den entscheidenden Einfluß des Staates auf das Leben der Völker und der Klassen unbeachtet lassen.

Sie können nicht länger reformistisch sein, da die objektiven Verhältnisse keine ernstesten und dauernden Reformen mehr erlauben. Die Gewerkschaften unserer Epoche können sowohl dem imperialistischen Kapitalismus als sekundäres Werkzeug dienen, um die Arbeiter zu unterdrücken und niederzuhalten oder auch im Gegenteil, ein Instrument der revolutionären Bewegung des Proletariats werden.

Die Unabhängigkeit der Gewerkschaften ist vollkommen und unwiederbringlich vorbei und tot mit der freien, bürgerlichen "Demokratie".

Aus dem Gesagten ergibt sich klar, daß trotz der anhaltenden Entartung der Gewerkschaften und ihres fortschreitenden Aufgehens im imperialistischen Staat, die Arbeit innerhalb der Gewerkschaften nicht nur nichts von ihrer Bedeutung verloren hat, sondern so wichtig wie vorher bleibt und in einem gewissen Sinne sogar revolutionär wird. Der Kern dieser Arbeit bleibt hauptsächlich der Kampf um die Beeinflussung der proletarischen Klasse. Jede Organisation, jede Partei, jede Fraktion, die es sich erlaubt jenseits

der Gewerkschaften zu stehen, das heißt also, der Arbeiterklasse den Rücken zu kehren, nur weil ihnen die Gewerkschaftsorganisationen nicht gefallen, ist zum Untergang verurteilt. Und man muß sagen, sie verdienen ihr Schicksal.

In dem Maße, in dem in den rückständigen Ländern nicht der nationale, sondern der ausländische Kapitalismus die Hauptrolle spielt, nimmt die nationale Bourgeoisie, was ihre soziale Position anbelangt, eine untergeordnete Stellung ein, im Vergleich zu derjenigen eines Landes mit hochentwickelter Industrie. In dem Maße, in dem der ausländische Kapitalismus keine Arbeiter ins Land bringt, sondern die einheimische Bevölkerung proletarisiert, spielt das nationale Proletariat plötzlich eine wichtige Rolle im Leben des Staates. Unter diesen Umständen ist die nationale Regierung in dem Maße als sie dem ausländischen Kapital Widerstand zu zeigen versucht, gezwungen, sich mehr oder weniger auf das Proletariat zu stützen. Im Gegensatz dazu werden die Regierungen derjenigen Länder, die einsehen, wie unvermeidlich und profitabel es für sie ist, Hand in Hand mit dem ausländischen Kapital vorzugehen, die Arbeiterorganisationen zerstören und ein mehr oder weniger totalitäres Regime einführen. So erschüttert die Schwäche der nationalen Bourgeoisie, der Mangel an Tradition bei der einheimischen Regierung und die mehr oder weniger schnelle Entwicklung des Proletariats die Grundlagen aller stabilen, demokratischen Regierungsformen. Die Regierungen der zurückgebliebenen, das heißt der kolonialen oder halbkolonialen Länder nehmen einen bonapartistischen oder halbbonapartistischen Charakter an und scheiden dadurch die Einen von den Anderen, daß die Einen versuchen sich in einer demokratischen Richtung zu orientieren, in dem sie an den Arbeitern und Bauern eine Stütze finden wollen, während die Anderen eine Art Militär- und Polizeidiktatur einführen. Auf diese Weise wird ebenfalls das Schicksal der Gewerkschaften bestimmt. Entweder begeben sie sich unter den Schutz des Staates oder sie werden einer grausamen Verfolgung ausgesetzt. Übernimmt der Staat den Schutz, so will er damit zwei Aufgaben erfüllen, die einander entgegengesetzt sind: erstens, sich der gesamten Arbeiterklasse zu nähern und so eine Stütze für den Widerstand gegen die Ausbreitungsgelüste des Imperialismus zu finden und zweitens, die Arbeiter in "Zucht und Ordnung halten", in dem man sie unter eine bürokratische Kontrolle stellt.

Der Monopolkapitalismus und die Gewerkschaften

Der Monopolkapitalismus ist immer weniger und weniger bereit, sich mit der Unabhängigkeit der Gewerkschaften abzufinden. Er fordert von der reformistischen Arbeiterbürokratie und -Aristokratie, die die Brosamen von seinem Tisch klauben, daß sich alle beide in den Augen der Arbeiterklasse in eine politische Polizei verwandeln sollen.

Wenn sich diese Forderung nicht erfüllt, so wird die Arbeiterbürokratie davongejagt und von Fäschisten ersetzt werden. Alle Anstrengungen der Arbeiteraristokratie im Dienste des Imperialismus können sie also auf die Dauer nicht vor der Vernichtung retten.

Die Verstärkung der Klassenwidersprüche in jedem Land und die Antagonismen zwischen den Nationen rufen eine Situation hervor, in der der imperialistische Kapitalismus eine reformistische Bürokratie nicht mehr dulden kann (das heißt, von einem gewissen Moment an) eine Bürokratie, die in ihren Plänen und Programmen in den

imperialistischen Unternehmungen geradezu wie ein Aktienbesitzer handelt und zwar gleichermaßen innerhalb des Landes wie in der Weltarena. Der Sozial-Reformismus muß in einen Sozial-Imperialismus verwandelt werden zu dem Zweck, seine Existenz zu verlängern und nichts anderes. Denn wenn man diese Bahn verfolgt, gibt es im allgemeinen keinen Ausweg.

Soll das bedeuten, daß die unabhängigen Gewerkschaften in der imperialistischen Epoche überhaupt unmöglich sind? Es wäre grundlegend falsch, die Frage in dieser Form zu stellen. Unmöglich sind unabhängige oder halbunabhängige reformistische Gewerkschaften. Durchaus möglich sind revolutionäre Gewerkschaften, die nicht nur keine Stütze der imperialistischen Polizei bilden, sondern sich zur Aufgabe stellen, das kapitalistische System unmittelbar zu stürzen. In der Epoche des entarteten Kapitalismus können die Gewerkschaften nur in dem Maße wirklich unabhängig sein, als sie bewußt als Organe der proletarischen Revolution handeln. In diesem Sinne ist das transitorische Programm, das auf dem letzten Kongreß der IV. Internationale angenommen wurde, nicht nur ein Aktionsprogramm der Partei, sondern in den Hauptlinien ebenso ein Aktionsprogramm der Gewerkschaften.

(Anmerkung des Übersetzers ins Französische: An dieser Stelle ließ Trotzki einen Platz frei, um den Zusammenhang zwischen der Tätigkeit der Gewerkschaften und dem transitorischen Programm der IV. Internationale gründlicher zu entwickeln. Es ist augenscheinlich, daß dies gleichfalls ein mächtiges Argument enthält, zu Gunsten der Parole: militärische Unterweisung unter der Kontrolle der Gewerkschaften. Nachstehende Idee besagt ausdrücklich: entweder dienen die Gewerkschaften der Armee und dem imperialistischen Krieg als Polizeidienste, oder sie bereiten die Arbeiter für ihre eigene Verteidigung und für die Revolution vor).

Die Entwicklung der rückständigen Länder zeigt keinen einheitlichen Charakter. Mit anderen Worten: die letzten Errungenschaften der imperialistischen Technik, Wirtschaft und Politik vereinigen sich in diesen Ländern mit einem rückständigen und traditionell primitiven Staat. Diese Tatsache kann in den verschiedensten Situationen der Entwicklung der kolonialen oder halbkolonialen Länder beobachtet werden - und auch auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung. Der imperialistische Kapitalismus operiert hier in seiner zynischsten offensten Form. Er trägt die vollkommensten Methoden seiner Herrschaft in ein unberührtes Land.

In der letzten Zeit konnte man in der ganzen Weltgewerkschaftsbewegung ein Hinübergleiten nach rechts und eine Unterdrückung der inneren Demokratie beobachten. In England wurde die Bewegung der Minderheit in den Gewerkschaften abgewürgt (nicht ohne Einmischung Moskaus), die Gewerkschaftsführer sind heute - besonders was die ausländische Politik anbelangt - gehorsame Agenten der konservativen Partei.

In Frankreich war kein Platz für eine Existenz, die von den Stalin'schen Gewerkschaften unabhängig war. Diese vereinigten sich unter der Führung von Jouhaux mit den sogenannten Anarcho-Syndikalistischen und das Resultat dieser Vereinigung war eine allgemeine Verschiebung der Gewerkschaftsbewegung - aber nicht nach links, sondern nach rechts.

Die Leitung der C.G.T. ist der unmittelbarste und offenste Agent des imperialistischen französischen Kapitalismus.

In den U.S.A. hat die Gewerkschaftsbewegung während der letzten Jahre eine sehr bewegte Epoche mitgemacht. Der Aufstieg der C.I.O. zeigt ganz klar die revolutionären Tendenzen, die bei den Arbeitermassen zu Tage treten. Bemerkenswert und im höchsten Grade bezeichnend ist indessen die Tatsache, daß die linksgerichtete neue Gewerkschaftsorganisation, kaum erst gegründet, schon vom imperialistischen Staat niedergeschlagen wurde. Der Kampf zwischen den Führern der alten und der neuen Verbände beschränkt sich zu einem großen Teil auf einen Kampf für die Sympathie und die Unterstützung von Roosevelt und seinem Kabinett.

(Fortsetzung folgt)

.oOo.

DER KOLONIALKRIEG IN INDOCHINA

Die zwischen Vorderindien und China gelegene hinterindische Halbinsel, von der Indochina einen erheblichen Teil bildet, grenzt mit ihren weit nach Süden reichenden Ausläufer - der Halbinsel Malakka - an Indonesien und bildet die Brücke zwischen diesen beiden alten Kultursitzen. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist Indochina französische Kolonie. Es hat 740.000 qkm (Frankreich dagegen nur 551.000 qkm) und 24 Millionen Einwohner.

Das heutige Indochina stellt ein ziemlich buntes Konglomerat von Ländern und Völkern dar, die sich nach ihrer Entwicklungsstufe, ihrer Wirtschaftsform und den geographischen Naturverhältnissen voneinander unterscheiden. Das Delta von Tonking ist die Wiege der Annamiten, des zahlreichsten und am festesten zusammenhaltenden Volkes der Halbinsel. Von den 24 Millionen Einwohnern Französisch-Indochinas sind mindestens 17 - 18 Millionen Annamiten. Sie stellen den größten Teil der Ackerbauern in den Flussdeltas und Niederungen von Tonking, Annam und Cochinchina. Unter der französischen Kolonialherrschaft fiel die Bevölkerung Indochinas dem Elend und der Ausbeutung anheim. Die Bauern des fruchtbareren Deltas von Tonking konnten sich von ihren Zwergparzellen, von denen es hier 16 Millionen gibt, nicht ernähren. Die winzigen Reisfelder mit schmalen Lehmrainen erinnern an die Splitter eines zerbrochenen Spiegels. In der Provinz Bakminh gibt es allein 1,5 Millionen Parzellen, mehr als im gesamten Delta von Cochinchina.

Die ungeheure Übervölkerung Tonkings und Nordannams hatte diese Gebiete zu einer Bezugsquelle billiger Sklavenarbeit gemacht; sie lieferten Kulis, die auf Kontrakt angeworben wurden. Mit der Werbung befaßten sich spezielle Agenten, denen alle Mittel recht waren, um ihre Opfer auf die Gumpiplantagen von Cochinchina und in die pazifischen Kolonien zu locken. Der Bodenhunger und die Armut zwingen zahlreiche Familien, ihr ganzes Leben kümmerlich auf Flößen zuzubringen. Manchmal stehen auf den großen, primitiven Barken nicht nur Wohnzelte, sondern man schüttet sogar Erde auf und legt kleine Gärtchen an.

Seinen Naturreichtümern nach ist Französisch-Indochina eines der reichsten Kolonialgebiete der Welt. Vor dem ersten Weltkrieg wurden seine Ressourcen nicht nur nicht ausgebaut, sondern sogar kaum ausgenutzt. Der französische Imperialismus machte das

wichtigste Nahrungsmittel der indochinesischen Bevölkerung - den Reis - zu seiner Haupteinnahmequelle. Indochina und vor allem Cochinchina wurden in ein Land ausschließlichen Reisanbaus verwandelt. Zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg aber traten in Indochina bedeutenden Veränderungen ein. Frankreich begann, an seine Kolonien als Rohstoffquellen größere Anforderungen zu stellen. Die Gewinnung von Mineralien und die Errichtung von Gummipflanzungen wurde außerordentlich gesteigert. Das ungeheure Steigen der Gummipreise nach dem Kriege rief in Cochinchina ein wahres Fieber hervor. Unternehmungslose Geschäftsleute, die Beziehungen zu den Kolonialbehörden hatten, heimsten in wenigen Tagen durch den Weiterverkauf in Konzessionen erhaltener Ländereien Millionen ein. In Ostcochinchina rodeten vertraglich gedungene Kulis Urwälder aus und legten Gummipflanzungen an. Die billige Arbeitskraft der einheimischen Bevölkerung wurde grausam ausgebeutet und auch beim Bau von Eisenbahnen und Chausseen in das Innere des Landes verwendet. All das führte dazu, daß auch die indochinesische Bourgeoisie erstarrte, daß sich ein indochinesisches Proletariat bildete und die nationale Befreiungsbewegung, vor allem unter den Annamiten, anwuchs. Es vollzog sich eine tiefe soziale Umwälzung. Aus der bisherigen feudal-bürokratischen Gesellschaft entwickelten sich die Klassen der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Diese Klassen, Bourgeoisie, Kleinbürgertum und Proletariat, sind die Träger des nationalen Unabhängigkeitskampfes gegen den Imperialismus; sie sind aber in sich selbst schon durch ihre besonderen sozialen Interessen gespalten, was den nationalen und sozialen Kämpfen ihren besonderen Charakter gibt. Je fortgeschrittener diese Entwicklung, je ausgeprägter der Klassenkampf zwischen der einheimischen Bourgeoisie und dem Kolonialproletariat, je inniger diese Bourgeoisie schon mit dem Imperialismus ökonomisch, sozial und politisch verfilzt ist, desto eher wird sie bereit sein, den nationalen Befreiungskampf aus Furcht vor dem Proletariat zu verraten. So fällt in immer stärkerem Maße dem Proletariat die Befreiungsaufgabe zu.

Der zweite imperialistische Weltkrieg, die verstärkte Beanspruchung aller Kräfte der Imperialisten durch ihre eigene große Auseinandersetzung, die verstärkte Ausbeutung und materielle Beanspruchung der Kolonien, das Werben um die Hilfe der Kolonialbourgeoisie seitens der Kriegführenden beider imperialistischer Lager gab der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien einen mächtigen Auftrieb. So wurde auch in Indochina nach der Niederlage des japanischen Imperialismus am 28. August 1945 die Unabhängige Demokratische Republik Viet-Nham durch die Erhebung der Massen proklamiert. Die in Indochina unter dem Vorwand, die japanischen Truppen zu entwaffnen, eintreffenden englischen Truppen begannen sofort damit, eben diese japanischen Truppen zum Kampf gegen die neue Republik zu verwenden. Das militärische Übergewicht der Imperialisten wirkte sich aus; es gelang, Cochinchina zu besetzen. Weiter jedoch konnten sie nicht vordringen. Die Republik Viet-Nham verteidigte hartnäckig und aufopfernd ihre Existenz. Der geschwächte französische Imperialismus mußte Zeit gewinnen und daher betrügen. So sah der Verfassungsentwurf der ersten Konstituante einen föderativen Zusammenschluß des Mutterlandes mit den Kolonien auf der Basis der Gleichberechtigung, d.h. ein Bündnis des Imperialismus mit der einheimischen Bourgeoisie gegen die Werktätigen vor. Diesen Plänen kam der Verrat des Opportunismus entgegen. (Selbstauflösung der indochinesischen "KP", ihre Eingliederung in die Viet-Minh, das ist die annamitische Kuomintang; Aufgabe des Programms der Enteignung der Kolonial- und einheimischen Bourgeoisie). Dieser Verrat und die Kompromißbereit-

schaft der die Viet-Minh führenden einheimischen Bourgeoisie, die Isolierung der indochinesischen Revolution, die fehlende Unterstützung seitens des Weltproletariats und hier vor allem des französischen Proletariats, bedingt durch den Verrat des Opportunismus, führte zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes vom 6. März 1946.

Der französische Imperialismus nutzte dieses Kompromiß zur weiteren "friedlichen" Durchdringung des Landes aus, trennte Cochinchina von Annam und bildete eine von ihm eingesetzte und kontrollierte Regierung, die sich dort auf die mit der Unterstützung der Kolonialbehörden entstandene Schicht annamitischer Gutsbesitzer und der in enger Verbindung zum französischen Kapital stehenden Bourgeoisie stützt.

Nach dem Ende der Monsum-Regenzeit im Oktober 1946 und nachdem die politischen und militärischen Vorbereitungen soweit gediehen waren, ging der französische Imperialismus zum Generalangriff über. Entgegen den abgeschlossenen Verträgen mit Viet-Nham wurde in Nordindochina eine rein französische Zollverwaltung eingesetzt und am 27. November 1946 durch ein militärisches Ultimatum die Übergabe des zweitwichtigsten Handelshafens für die Kautschukausfuhr - Haiphong -, in Nordindochina an die Franzosen verlangt. Eine mächtige Welle der berechtigten Empörung und Kampfberedtheit ging durch die junge Republik, die Massen erhoben sich neuerlich, um mit den Waffen in der Hand gegen den verräterischen Kolonialimperialismus zu kämpfen. Es zeigte sich ganz klar der Zusammenbruch der versöhnlerischen Politik der indochinesischen Bourgeoisie unter der Führung von Ho Chi Minh, die auch heute noch bereit ist, den Kampf sofort zu beenden, wenn ihr ihr Anteil an der politischen Macht und somit an der gemeinsamen Ausbeutung der Werktätigen seitens des französischen Imperialismus gesichert wird. Die Führung des Kampfes ist nun anscheinend an den revolutionären Flügel der Partei übergegangen. Die indochinesische Bourgeoisie selbst hat sich in drei Teile gespalten; Ho Chi Minh verkörpert jenen Teil, der noch immer verzweifelte Versöhnungsversuche mit dem französischen Imperialismus macht und den Status quo vom 6. März 1946 herzustellen versucht, während jetzt nur mehr die nüchterne Sprache der Kanonen die einzige Realität in diesem entscheidenden Stadium des Kampfes ist. In Cochinchina arbeitet ihr separatistischer Flügel eng mit dem französischen Imperialismus zusammen, des weiteren bildete eine Gruppe unter der Führung M. Nguyen eine Rumpfregierung

XX

Wir sind illegal ! Beachtet die konspirativen Regeln !

XX

in Nanking und fordert eine chinesisch-amerikanische Vermittlung, denn der amerikanische Imperialismus selbst streckt schon gierig die Hand nach diesem begehrten Brocken aus, den sein schwächlicher Konkurrent anscheinend nicht mehr behaupten kann.

Der französische Kapitalismus ist halbbesiegt aus dem letzten Kriege hervorgegangen, wie ganz deutlich folgende Angaben zeigen:

Zahl der mechanischen Kräfte +) pro Einwohner

	Frankreich	England	USA
1938	15	36	55
1945	9	39	81

Er kann auf seine Kolonien und die aus ihrer schrankenlosen Ausbeutung hercinfließenden Surplusprofite nicht verzichten. "Je entwickelter der Kapitalismus, je fühlbarer der Rohstoffmangel, je akuter die Konkurrenz und die Jagd nach Rohstoffquellen in der ganzen Welt ist, desto verzweifelter ist der Kampf um die Erwerbung von Kolonien." (Lenin)

Er kann auf die Dauer diese Profite nicht mit der einheimischen Bourgeoisie teilen, die selbst durch die Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung, durch den unvermeidlichen Druck der Massen gezwungen wird, die sozialen Ursachen und Bedingungen, die zur Erzeugung dieser Überprofite führen, schrittweise aufzuheben (politische Emanzipierung der Massen, Agrarreformen, Überwindung des Analphabetismus, soziale Gesetzgebung usw.). Daß heißt, er kann seinen Kolonien nicht den Status der politischen Unabhängigkeit und der damit verbundenen bürgerlichen Demokratie gewähren. Er kann seine Herrschaft über die Kolonien nur durch die unumschränkte, brutale, offene Diktatur aufrecht erhalten. Das ist das entscheidende Kennzeichen des Imperialismus in seiner Verfallsepoche.

Klar zeigt sich nun auch der Verrat der SPF und Stalinpartei am Kampf der unterdrückten Kolonialmassen. Beide sprechen von der "zivilisatorischen Aufgabe" der französischen Demokratie in Indochina und sprechen sich gegen die völlige Lostrennung der Kolonie von Frankreich aus. Sie reden heuchlerisch von der Wiederherstellung des "Friedens", vom sofortigen Verhandeln, wie es täglich die "Humanité" mysterisch verkündet, oder Leon Blum, der in seiner Regierungserklärung Krokodilstränen um das so teuer vergossene Blut auf beiden Seiten vergießt und gleichzeitig in einem Atemzug erklärt: "Aber vor allem und sofort muß die friedliche Ordnung wieder hergestellt werden." Sie tragen die volle Verantwortung für die Verschickung von weiteren Truppen, für die Bewilligung der notwendigen Militärkredite, für die somit ermöglichte Weiterführung eines blutigen und grausamen Kolonialkrieges, in dem selbst Fremdenlegionäre und ehemalige SS-Soldaten verwendet werden. Nur die PCI, die französische Sektion der IV. Internationale, erhebt ihre Stimme für die gerechte Sache der Werktätigen Indochinas und weist die französische Arbeiterklasse vor allem auf den Zusammenhang des Kampfes in Indochina mit ihren eigenen Klassenkämpfen hin. Heute geht die Reaktion in den Kolonien zum offenen Angriff über, um morgen mit Hilfe ihrer siegreichen Kolonialtruppen und Fremdenlegionäre die französische Arbeiterklasse niederzuwerfen. Die PCI fordert die französische Arbeiterklasse zu offenen und direkten Kampf- und Solidaritätsaktionen auf. Darum wurde ihre Sympathie-

+) Als mechanische Kraft benennt man eine Energieeinheit von 150.000 Kalorien = (gleich der während eines Jahres Arbeit durch einen Menschen ausgegebenen Kraft) geliefert durch Kohle, Elektrizität, Petroleum etc.

kundgebung am 6. Dezember 1946 in Paris durch die französische Regierung verboten und von der Polizei gewaltsam auseinander getrieben.

Die Internationalen Kommunisten Österreichs solidarisierten sich sowohl mit dem Kampf des indochinesischen Volkes wie mit dem Kampf der PCI gegen dessen imperialistische Unterdrücker. Sie erinnern an die ergänzenden Thesen des zweiten Weltkongresses der Komintern, die heute mehr denn je Gültigkeit besitzen:

"Warum und wie verteidigen die Marxisten die Kolonien? Sie verteidigen sie einerseits, weil der durch die Ausbeutung der Kolonien erhaltene Mehrwert eine der Stützen des modernen Kapitalismus ist und andererseits, weil die imperialistische Vorherrschaft in allen Kolonien die freie Entwicklung der ökonomischen Kräfte hemmt. Daher ist ihre Zerstörung der erste Schritt zur Revolution in den Kolonien; daher ist die zur Zerstörung der ausländischen Vorherrschaft in den Kolonien angebrachte Hilfe in Wirklichkeit nicht eine Unterstützung der nationalistischen Bewegung der einheimischen Bourgeoisie, sondern die Öffnung des Weges für das unterdrückte Proletariat selbst."

Die Internationalen Kommunisten Österreichs fordern mit allen Sektionen der IV. Internationale für das indochinesische Volk das Recht, über sein eigenes Schicksal selbst zu bestimmen, einschliesslich des Rechts auf völlige Lostrennung von Frankreich. Sie fordern die Arbeiterklasse auf, zur aktiven Unterstützung des Kampfes der unterdrückten Kolonialvölker gegen ihre kapitalistischen Unterdrücker anzutreten.

.ooo.

STREIFLICHTER :

Die Kapitalisten haben kein Geld - wenn die Arbeiter Lohnerhöhung fordern. Aber für andere Zwecke haben sie sehr viel Geld. Einen Fond in der Höhe von 100 Millionen Dollar zur Bekämpfung der Gewerkschaften hat vor wenigen Wochen eine der größten monopolistischen Unternehmungen der USA, die General Motors Company gestiftet. Ihr Präsident hat die Entfaltung einer breiten antigewerkschaftlichen Kampagne angekündigt. In einer Rede vor der Bostoner Handelskammer verlangte er die Einengung des Streikrechts. Er forderte die Abschaffung des Gesetzes, das den Gewerkschaften die gleichen Verhandlungsrechte wie den Unternehmern gewährt, und er verlangte darüber hinaus die durch ein Gesetz zu erzwingende zwangsweise Aufspaltung der großen Gewerkschaftsverbände in eine Reihe kleiner, von einander unabhängiger Gewerkschaften.

Die Offensive der amerikanischen Kapitalisten muß auf den entschiedenen Widerstand der amerikanischen Arbeiterklasse stoßen. Die Arbeiter werden die Anschläge der kapitalistischen Reaktion gegen ihre Rechte nur abwehren können, wenn sie sich politisch endlich aus der Gefolgschaft der kapitalistischen Parteien loslösen und sich ihre eigene, von Bourgeoisie und Kleinbürgertum unabhängige Klassenpartei schaffen. Die amerikanische Sektion der IV. Internationale wird hier führend vorgehen.

Der Streik der englischen Transportarbeiter wurde gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie geführt. Die sogenannte "Arbeiter"-regierung hatte gegen die Streikenden Militär eingesetzt, die Soldaten in Streikbrecher verwandelt; dennoch mußten die wesentlichsten Forderungen der Streikenden erfüllt werden, da immer neue Arbeitergruppen in den Sympathiestreik traten. Bemerkenswert war die starke Opposition, die in der Massenbasis der Labour Party gegen deren verräterische Führung auftrat. Die englische Sektion der IV. Internationale, die Revolutionäre Kommunistische Partei, hat den Streik aktiv unterstützt. Es ist sicher, daß sie sich durch ihre Haltung viele Sympathien bei den Arbeitern erworben hat.

Die Verstaatlichungspolitik der "Labour Party" - ein Riesengeschäft für die Kapitalisten! Die SP und ihr Organ kann nicht genug die "Sozialisierungspolitik" ihrer englischen Bruderpartei hervorheben und diese den Arbeitern als praktische Maßnahmen auf dem "friedlichen Wege zum Sozialismus" anpreisen.

In England werden jetzt die Transportunternehmungen verstaatlicht. Um bei der im Interesse der Gesamtkapitalistenklasse vorgenommenen Zentralisierung bisher zersplitterter Verkehrsmittel die in Betracht kommenden Unternehmer nicht zu schädigen, werden unter dem Titel der gesetzlichen Entschädigung an die "London Passenger Transport Board" und an die Flußschiffahrtskompagnien 1,065.000 Pfund Sterling bezahlt. Diese Summe wird sich noch beträchtlich erhöhen durch die noch an die anderen Transportgesellschaften zu bezahlenden "Kompensationen".

Die Kontrolle der verstaatlichten Unternehmungen wird zur Hälfte durch die Regierung und zur anderen Hälfte durch die Privatunternehmungen ausgeübt. Jeder Vorschlag zur Einführung der Arbeiterkontrolle wird von der "Arbeiterregierung" brüsk abgelehnt. Durch die Zahlung von astronomischen Entschädigungen zu Gunsten der Kapitalisten wird die Arbeiterklasse auf das Schwerste belastet.

Diese "Sozialisierung" können die Kapitalisten wohl ertragen!

Der Rücktritt der "Regierung" Giral. Die Lage des Franco-regimes wird trotz seiner Unterstützung durch die "demokratischen" Imperialisten immer unhaltbarer. Der Massendruck und damit die Gefahr der proletarischen Revolution wächst. Die Bourgeoisie will der Revolution ausweichen; sie führt darum gegenwärtig ein großangelegtes politisches Manöver durch, das die schmerzlose Ersetzung des Franco-regimes durch die Monarchie vorbereiten soll. Als getreuer Lakai macht die SP hierbei mit; die sogenannte "Nationale Allianz demokratischer Kräfte", d.h. die Koalitionsfront von Bourgeoisie und Verratsparteien spricht nicht mehr vom Kampf um die Republik, sondern nur mehr von "der Notwendigkeit, mit allen Kräften innerhalb und außerhalb Spaniens, die bereit sind, am Kampf gegen die Diktatur Francos teilzunehmen, in Kontakt zu treten und die notwendigen Verhandlungen zu Ende zu führen." Aus diesem Grund hat auch die SP ihre "Minister" aus der "republikanischen Regierung" Giral zurückgezogen und diese, die immer mehr Boden unter den Füßen verliert, zum Rücktritt gezwungen. Der Rechtssozialdemokrat Prieto, der die SP führt, erklärt indessen in der Presse offen seine Bereitwilligkeit, mit dem monarchistischen Francogeneral Aranda, dem Henker der Stadt Oviedo im Jahre 1936, die Beziehungen aufzunehmen. Die Stalinpartei war auch hier der Pionier der "demokra-

tischen Einigung." Allein je näher der Zeitpunkt des Sturzes von Franco heranreift, desto mehr treten die Absichten der Bourgeoisie, die sich natürlich außenpolitisch auf den anglo-amerikanischen Imperialismus orientiert, hervor, die Stalinpartei an die Luft zu setzen. Der von der "Nationalen Allianz demokratischer Kräfte" in der Presse veröffentlichte Plan der Konstitution einer neuen antifrancoistischen Regierung schließt den äußersten rechten Flügel der Klerikalen (die "traditionellen" oder "karlistischen" Monarchisten) sowie die Stalinisten von der Regierung aus.

Das spanische Proletariat muß die Manöver der spanischen Kapitalisten, die gern aus der Sackgasse, in der sie heute stecken, herauskommen möchten, durchkreuzen. Die Arbeiter dürfen sich nicht mit einem faulen Kompromiß abspeisen lassen, sondern den Kampf für ihre unmittelbaren ökonomischen und politischen Interessen aufnehmen; sie müssen diesen Kampf auf den Sturz der Bourgeoisie ausrichten. Auf dieser Linie muß auch die spanische Sektion der IV. Internationale arbeiten. Unser Übergangsprogramm wird ihr dabei eine wertvolle Waffe sein.

Die Krise in Italien. Der italienische Regierungschef, der Bürgerliche De Gasperi, ist zurückgetreten; einige Tage vorher hat sich auf ihrem Parteitag die SP gespalten. Ihre besondere Bedeutung erhalten diese Nachrichten durch die fortlaufenden Arbeitslosenunruhen, Hungerdemonstrationen, ganze Provinzen umfassende Streiks, sowie auf der anderen Seite durch die Neuformierung einer faschistischen Bewegung (über die wir an anderer Stelle berichten).

Der unmittelbare Anlaß der Spaltung der SP war die Frage der Aktionsgemeinschaft mit der Stalinpartei, die Italien in die prorussische Front hinüberziehen will und außerdem als Anwalt der russischen Reparationsforderungen (in die ein Teil der italienischen Kriegsflotte einbezogen ist) auftritt. Die Stalinpartei sitzt seit dem Rücktritt Badoglio in der Regierung und hat in Italien offener als in anderen Ländern das revolutionäre Programm preisgegeben, es durch ein liberales Reformprogramm ersetzt. Die Frage der Arbeitsgemeinschaft mit der Stalinpartei ist also sowohl mit der Frage der Koalitionspolitik (deren offenster Exponent die Stalinpartei ist) als auch mit der Frage der Außenpolitik verknüpft. Die Mehrheit der SP unter Nenni, die die gegenwärtige Koalition mit der Bourgeoisie nicht aufgeben will, versucht, gegenüber den drückenden Bedingungen, die der anglo-amerikanische Imperialismus im Friedensvertrag Italien auferlegen will, dessen Gegensatz zur SU auszunützen (während die Bourgeoisie selbst sich auf USA orientiert); Nenni ist darum für ein Zusammengehen mit der Stalinpartei.

Die aus der Spaltung hervorgegangene neue zentristische Partei umfaßt gänzlich verschiedene Elemente. In ihr ist sowohl der Rechte Saragat (der mit der Stalinpartei nicht zusammengehen will, weil diese ihm zu "revolutionär" ist und er die prorussische Orientierung ablehnt) vertreten, als auch die Linkszentristen Solari und Matteo Mattiotti (die aus dem entgegengesetzten Grund die Zusammenarbeit mit der Stalinpartei ablehnen, die "antistalinistisch" sind: sie scheinen die nicht prinzipielle Ablehnung der Koalition mit der Bourgeoisie im gegenwärtigen Zeitpunkt mit einer ultralinken Taktik zu verbinden). Die neue Partei wird also keinen langen Bestand haben, sondern in kurzer Zeit sich von neuem spalten.

Der Rücktritt **D e G a s p e r i s** wie die Spaltung der SP widerspiegeln die tiefe Krise des italienischen Kapitalismus. Der Druck der Massen wächst, die Bourgeoisie wird unsicher. Vor unseren italienischen Genossen erstehen höchst verantwortungsvolle Aufgaben. Sie müssen die neue Lage geschickt ausnützen; auf dem Boden unseres Übergangsprogramms müssen sie zur Taktik der Einheitsfront mit der neuen zentristischen Partei übergehen. Eine solche Politik wird ihnen gestatten, das Programm der IV. Internationale, die unausgesetzte Propaganda der revolutionären Endziele an die Massen heranzutragen, den linken Flügel der neuen zentristischen Partei für sich zu gewinnen, in die kommenden schweren Klassenkämpfe entscheidend einzugreifen.

Die italienische Bourgeoisie rüstet zum Bürgerkrieg. Die italienischen Großgrundbesitzer sind jetzt, nach einem Bericht der englischen kapitalistischen "Continental Daily Mail", daran, kaum verhüllte faschistische Bewegungen zu organisieren. In Süditalien bilden sie eine neue faschistische Bewegung unter dem Namen "Italienische Corporativpartei". Außerdem sammeln sie Gelder für die Schaffung einer militärischen Organisation "zur Verteidigung des Bodens". Diese Bewegung richtet sich hauptsächlich gegen die Aufteilung des Bodens und für die Wiederherstellung des Großgrundbesitzes.

Nach demselben Bericht sammeln sich in den wichtigsten Städten auch wieder "tausende ehemalige Angehörige der Faschistischen Partei, gewinnen wieder Mut, geben ihre illegale Tätigkeit auf, um zum legalen Faschismus überzugehen". Die Neofaschisten geben eine Tageszeitung, die "Nationale Idee", heraus, die in einer römischen Druckerei hergestellt wird, die der sehr einflußreichen Agrarwirtschaftsbank gehört.

SP und Stalinpartei haben auch in Italien die Arbeiter gehindert, mit den Kapitalisten, d.h. den wahren Auftraggebern des Faschismus abzurechnen. Die jüngste Entwicklung zeigt jedoch immer deutlicher, daß die bürgerliche Demokratie in Italien vor der Katastrophe steht, daß das Land dem Bürgerkrieg entgegengeht, daß es auch für Italien nur eine Fragestellung gibt: Diktatur des Proletariats - oder Faschismus !

Der Partisanenkampf in Griechenland. Auch die griechische Diktatur wackelt. Die Massenaktivität nimmt trotz des grausamen Terrors zu, die Regierung befindet sich zeitweilig sogar den Partisanen gegenüber in der Defensive. Nur die Anwesenheit der Truppen der englischen "Arbeiter"regierung vermag die Regierung noch an der Macht zu halten. "Tötet sie, tötet sie", das ist die Antwort, die der britische Marschall **M o n t g o m e r y** dem griechischen Sicherheitsminister **D r a g o m n i s** gab, als dieser die Frage stellte, was mit den Partisanen zu machen sei.

Die proletarische Revolution wird sowohl mit den Henkern in Griechenland als auch mit den **A t l e e s**, **B e v i n** und Co., die im Auftrag der englischen Kapitalisten die Henker ausrüsten und unter ihre Fittiche nehmen, abrechnen !

Faschistische Verschwörung in Ungarn. In Ungarn wurde in den letzten Wochen eine weitverzweigte faschistische Verschwörung aufgedeckt, die schon so weit vorgeschritten war, daß sie sogar schon das Datum des Staatsstreichs, der zur Bildung einer gegenrevolutio-

nären Regierung führen sollte, mit dem 20. August 1947 festgelegt hatte. Die Fäden der Verschwörung führten bis zu den in Deutschland in amerikanischer "Kriegsgefangenschaft" sitzenden alten Bluthund **H o r t h y**. Einflußreiche Kreise der Kleinlandwirtpartei (der ungarischen VP), hohe Bürokraten, eine große Anzahl im aktiven Außendienst stehender Diplomaten, hohe Offiziere, Abgeordnete des Parlaments, ja sogar einige Minister der gegenwärtigen Regierung sind in sie verwickelt. Ungarn gehört heute zu den Vasallenstaaten der Sowjetunion und befindet sich nach der Meinung der Stalinpartei auf dem Weg zur "Volksdemokratie". Die aufgeflogene, jedoch nicht für alle Zeiten aufgehobene faschistische Verschwörung zeigt, daß in Ungarn der kapitalistische Staatsapparat mit seiner konterrevolutionären Bürokratie im wesentlichen intakt geblieben ist.

Für die österreichische Arbeiterklasse sind die Vorgänge in Ungarn lehrreich! Die ungarische Konterrevolution ging mit der österreichischen immer Hand in Hand. Es ist eins zu tausend zu werten, das die ÖVP, d.h. die alte christlichsoziale Partei auch hier ihre Hand im Spiele hat und daß neben den Vorbereitungen der ungarischen Konterrevolution solche der österreichischen parallel liefen. Höchste Wachsamkeit und verschärftes Mißtrauen gegen die österreichische Bourgeoisie sind am Platze!

Wenn die Verschwörung zur Aufrichtung einer offenen kapitalistischen Diktatur einen solchen Umfang annehmen konnte, so deshalb, weil die Bourgeoisie sich bei ihren Vorbereitungen zur Wiederaufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur auf den intakt gebliebenen kapitalistischen Staatsapparat stützen kann. SP und Stalinpartei haben ihr dies durch ihre Koalitionspolitik ermöglicht. Schluß mit der verräterischen Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien! Schluß mit der Bourgeoisie! Der kapitalistische Staatsapparat ist und bleibt der Hauptstützpunkt der Konterrevolution. Seine sogenannte "Demokratisierung" ändert gar nichts an seinem Klassencharakter. Die Arbeiterklasse kann ihn nicht "demokratisieren", sie kann ihn schon gar nicht "erobern"; sie muß ihn zerschlagen, ihn durch einen Apparat, der aus den Organen der Massen hervorgeht, ersetzen. Das ist die Hauptlehre der marxistischen Staatstheorie, das ist auch die Hauptlehre der neuesten gegenrevolutionären Verschwörung.

N o s k e gestorben. Mit ihm tritt eine der beflecktesten Gestalten der Arbeiterbewegung ab. Vor 1914 dem rechten Flügel der SPD angehörend, während des Krieges Sozialimperialist, wurde er im November 1918 Reichswehrminister der Ebert-Scheidemannregierung. Er bewaffnete die monarchistischen Offiziere, stellte aus ihnen weiße Garden zur Niederwerfung des Proletariats zusammen. Mit ihrer Hilfe warf er im Jänner 1919 den Spartakusaufstand nieder (der in Wirklichkeit der Versuch des Berliner Proletariats war, sich gegen die Übergabe des Polizeipräsidiums an die Konterrevolution zur Wehr zu setzen). Für die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ist er der Verantwortliche; ohne der Deckung durch ihn gewiß zu sein, hätten die **V o g e l**, **P a b s t** und die anderen am Mord beteiligten Offiziersbestien diesen niemals gewagt. Im März 1919 ließ er die gegenrevolutionäre Reichswehr gegen die Münchner Räterepublik marschieren, die Niederwerfung aller Versuche des deutschen Proletariats, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen, sind mit seinem Namen verknüpft. Die Konterrevolution hat seine "Verdienste" willig anerkannt. Als Hitler 1933 die Regierung übernahm, war **N o s k e** der einzige Oberlendpräsident in ganz Deutschland, der von der Hitlerregierung nicht abgesägt, sondern durch längere Zeit noch gehalten wurde.

Die SPD hat diesen blutbesudelten Verräter bis zu ihrem eigenen schmachvollen Untergang gegen die Empörung des Proletariats gedeckt. N o s k e ist ihr ureigenstes Produkt. Sie hat die Aufgabe auf sich genommen, den Kapitalismus vor dem Ansturm der Massen zu retten. In der Periode der Steigerung des Klassenkampfes zum Bürgerkrieg mußte aus ihr zwangsläufig der Henker N o s k e hervorgehen.

Die österreichische SP macht den Versuch, sich jetzt von N o s k e abzugrenzen. Dies kann ihr nicht gelingen; sie müßte sich von ihrer eigenen Vergangenheit abgrenzen. Daß sie keinen N o s k e aufweist, ist nicht ihr Verdienst. Es handelt sich nicht um die Person, es handelt sich um die Politik, die einen N o s k e überhaupt erst möglich machte. Die Politik der SPÖ hat sich nicht im geringsten von der der SPD unterschieden; nur die Bedingungen ihres Handelns waren andere. Wir wollen darum niemals vergessen, daß im Jänner 1919, wenige Tage nach dem "Triumph" N o s k e s über das revolutionäre Proletariat, für die Wiener "Arbeiter Zeitung" die Ermordung Liebknecht-Luxemburgs "eine tragische Notwendigkeit" war.

Die bösen Buben in der Schule. Herr R e n n e r hat vor Beginn der Verhandlungen über den "Staatsvertrag" die Vertreter der Stalinpartei zu sich gerufen und sie väterlich ermahnt, jetzt nicht aus der Reihe zu springen, sondern ja recht brav mitzutanzten. Die "Partisanen der Demokratie" haben vom drohend erhobenen Zeigefinger des abgebrühten alten Verräters Kenntnis genommen. R e n n e r kann beruhigt sein; die Stalinpartei wird "nationale Disziplin" halten !

Der Fall P a v . Der durch die Gerichtsverhandlung bekannt gewordene Fall P a v , des Verräters der RS, ist sehr aufschlußreich. P a v war, wie aus dem Bericht der "Arbeiter Zeitung" hervorgeht, nach dem Feber 1934 der Verfechter einer äußerst "revolutionären" Linie, die Sabotageakte, Sprengstoffanschläge u. dgl. in ihrem Arsenal hatte. Wir waren und sind aus gewichtigen Gründen Gegner einer solchen Taktik. Der individuelle Terror, ob er sich nun gegen Personen oder Sachen richtet, kann niemals die Aktion der Massen ersetzen. Während er in den Massen Illusionen nährt, daß die Brücken in die Luft sprengenden geheimnisvollen "Revolutionäre" die Arbeit des Kampfes gegen die Regierung schon besorgen werden und es aus diesem Grunde nicht notwendig sei, selbst in Aktion zu treten; während die Massen zu bloßen Zusehern einer Art romantischen Zweikampfes zwischen den "Revolutionären" und der Staatsgewalt und damit zur Passivität erzogen werden, führt dieselbe Taktik zur physischen Schwächung und letzten Endes Ausrottung des revolutionären Aktiven. Jene Taktik, die die Massenkraft durch die Kraft der Sprengstoffe ersetzen will, stärkt immer die Regierung. Jede Regierung, die mit unterirdischer, illegaler Tätigkeit zu rechnen hat, wird sich bemühen, diese auf die Bahn individueller terroristischer Aktionen, die viel leichter als die Massen zu überwachen sind, überzuleiten; sie wird darum der Polizei immer dementsprechende Aufträge erteilen. Die Befürworter und Organisatoren des terroristischen Kampfes sind mit einem hohen Wahrscheinlichkeitsgrad entweder direkt Provokateure oder unbewußte Werkzeuge von solchen; es gehört daher zu den grundlegendsten Forderungen der Konspiration, die durch die gesamte Erfahrung der revolutionären Tätigkeit vieler Jahrzehnte erhärtet wird, sich solche "Ultrarevolutionäre" vom Leib zu halten, ihnen von vorneherein zu mißtrauen. Doch damit kommen

wir zu jenem Punkt, der uns am meisten interessiert: dem der politischen Verantwortlichkeit für den Fall P a v .

In den ersten Monaten nach dem Feber 1934 war die von den D e u t s c h - B a u e r geführte RS die Befürworterin einer äußerst "radikalen" Linie. Die illegale "Arbeiter Zeitung" hat nicht nur von der Notwendigkeit der "Diktatur der Werktätigen" geschwafelt, sondern auch die von politisch verworrenen, über die Niederlage verzweifelten Schutzbundelementen organisierten terroristischen Aktionen (die mit denen der illegalen Nazi parallel liefen, so daß den Massen die politische Urheberchaft oft gar nicht klar war) gutgeheißen. Das war kein Zufall. Die SP war durch Verrat und Niederlage in den Augen der Arbeiter kompromittiert; sie mußte sich maskieren, und schuf sich zu diesem Zweck die RS, die in den ersten Monaten nach dem Februar, als die Empörung der kämpferischen proletarischen Elemente über den sozialdemokratischen Verrat noch zu groß war, so tat, als wäre sie etwas ganz anderes als die alte SP. Die RS war also von Anfang nichts anderes als die Fortsetzerin der SP; heute, wo die RS-Spitzen vor den R e n n e r und CO. zu Kreuz gekrochen sind, ist das ganz klar. Damals war die erste Voraussetzung, dies auch den Arbeitern klar zu machen und sie von der unbedingten Notwendigkeit der Schaffung einer neuen proletarischen Klassenpartei im Gegensatz zur RS / SP (und auch der stalinistischen KP) zu überzeugen; die Arbeiter geduldig aufzuklären, sie anzuleiten, die gesamte Politik von SP und Stalinpartei kritisch zu überprüfen, sie mit den Lehren des Marxismus-Leninismus vertraut zu machen, in geduldiger, zäher Arbeit einen neuen revolutionären Kader zu erziehen, Diese Tätigkeit der kritischen Überprüfung ihrer Politik konnte der verkrachten SP, konnte den Deutsch-Bauer nicht genehm sein; um sie zu verhindern und den Arbeitern dennoch vortäuschen zu können, daß die RS wirklich eine "neue" Partei sei, paßten sie sich der durch die Niederlage erzeugten Stimmung eines Teiles der Arbeiterklasse an, tolerierten die "linke" Taktik der Sprengstoffanschläge. Das war die politische Basis, die den Ultraradikalismus des P a v überhaupt erst ermöglichte, ohne ihn von vornherein schon verdächtig zu machen.

Der Prozeß hat ergeben, daß P a v wahrscheinlich erst nach dem März 1938 Polizeigefangener wurde. Kann man demnach die RS hierfür verantwortlich machen? Der illegale Kampf ist eine grausame Schule. Einzig die Überzeugung von der Gerechtigkeit der revolutionären Sache und der Unvermeidlichkeit ihres Sieges vermag dem Revolutionär die Kraft zum Durchhalten, zur restlosen Hingabe an die Notwendigkeit des Kampfes zu geben. Diese Überzeugung kann sich nicht auf Illusionen, die an der Wirklichkeit zerschellen müssen, gründen; sie kann nur dem tiefen Verständnis über Ursachen und Bedingungen des Kampfes wie der kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit entspringen. Erst ein auf dieser Basis vollzogener Auslöseprozeß ergibt wirkliche Revolutionäre. Die D e u t s c h - B a u e r und ihre RS sind diesen Notwendigkeiten ausgewichen - von ihrem Standpunkt mit Recht. Sie tragen darum die volle Verantwortung dafür, daß Elemente, die sonst längst ausgeschieden worden wären, zu einem Zeitpunkt führend in der illegalen Bewegung tätig waren, in der der Druck des Klassenfeindes sich unerhört verschärfte.

.ooo.

Redaktionsschluß: 1.2.1947.